

Klares Nein zu Privatisierung

Zum geplanten Freihandelsabkommen „TTIP“ und „TISA“ zwischen den USA und der EU forderte Justus Dallmer in der jüngsten Bürgerversammlung der Stadt Bad Aibling eine Stellungnahme von Bürgermeister Felix Schwaller und zugleich die Ablehnung dieses Abkommens durch den Stadtrat.

VON SILVIA MISCHI

Bad Aibling – Massive Gefahren für die kommunale Daseinsvorsorge sieht der Aiblinger. Besonders in den Bereichen Wasser, Strom, Krankenhäuser, Schulen, Abwasser und öffentlicher Nahverkehr sei bei einer internationalen Ausschreibung mit Einschränkungen für die kommunale Organisationsfreiheit und die Selbstverwaltung zu rechnen. „Ich möchte zum Beispiel, wenn bei mir kein Wasser aus dem Hahn kommt, wissen, wo ich anrufen kann“, so Dallmer. Er möchte, dass die Gewinne die dabei erwirtschaftet würden, „nicht in Steueroasen

von Großkonzernen fließen“, sondern auch vor Ort wieder investiert werden.

Nach dem Motto „Wehret den Anfängen“ sei hier vorzugehen. Denn einmal eingegangene Verpflichtungen können ihm zufolge nicht wieder zurückgenommen werden. Schwaller erinnerte in diesem Zusammenhang an die im März vom Stadtrat verfasste Resolution in puncto Wasserversorgung: „Wir haben, auf Anregung der Aiblinger Stadtwerke, an die Bundeskanzlerin geschrieben und uns klar gegen eine Privatisierung der Wasserversorgung ausgesprochen.“

Resolution schon im März verfasst

Zudem hätten der bayerische Städtetag und auch der bayerische Gemeindetag weitere Resolutionen diesbezüglich verfasst. „In beiden Vereinigungen ist die Stadt Mitglied und somit ausreichend vertreten“, fand Schwaller. Im Nachgang eine weitere separate Resolution „hinterher zu schicken“, macht für den Bürgermeister keinen Sinn. In der kommenden Stadtratsitzung aber will Wilhelm Bothar (ÖDP) – wie berichtet

– einen entsprechenden Antrag einreichen. Dieser wurde bereits in nicht öffentlicher Sitzung im Hauptausschuss vorbesprochen.

Breiten Raum im Rechenschaftsbericht des Rathauschefs nahm sodann der Schul- und Kindergartensektor ein. Schwaller erinnerte an die erfolgte Brandschutzsanieierung mit statischer Erüchtigung sowie der energetischen Verbesserung mit neuen Fenstern in der Luitpoldschule. „Die Kosten dafür belaufen sich auf rund 1,83 Millionen Euro und wurden vom Staat mit 800 000 Euro bezuschusst“, so der Bürgermeister. Wie schnell der Wandel im Schulsystem ist, hob Schwaller dabei hervor. Weil deshalb die Planung noch einmal überarbeitet werden soll, verschiebt sich ihm zufolge auch die Sanierung der Hofbergschule. „Hier müssen wir noch einmal Gespräche führen.“ Im Erdgeschoss sind bis dato Kinderkrippe und -garten angedacht, im Obergeschoss Grundschule und Mittagbetreuung. „Dann wird auch der Schriftzug am Schulgebäude in Hofbergschule abgeändert“, sagte der Rathauschef. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass 140 Buben und

Mädchen im September eingeschult worden seien. Damit sei man im Landkreis ein regelrechter „Ausreißer“. „Andere Bürgermeister klagen bereits über rückläufige Einschulungszahlen. Damit haben wir nicht zu kämpfen“, freute sich Schwaller.

Die Brandschutzsanieierung des Kurhausfoyers für rund 238 000 Euro streifte er ebenso wie die erneuerte Küche im Willinger Gmoahof für etwa 34 400 Euro und die Sanierung des Spielplatzes „Am Braiten Stög“ für rund 55 000 Euro (wir berichteten).

Dass das Ganztagsangebot in den Grundschulen ein zentrales Anliegen der Einrichtungen und der Stadt ist, betonte der Bürgermeister in diesem Zusammenhang. Eltern und Schüler sollen auch künftig die Wahlmöglichkeit zwischen Ganztagschule und der „klassischen Variante“ haben.

Im Detail: „Neben der Mittagbetreuung gibt es zum einen die offene Ganztagsgruppe, bei der Schüler beim Erledigen der Hausaufgaben unterstützt werden und ein zusätzliches Freizeitangebot offeriert wird.“ Die gebundene Ganztagsklasse wechsle zum anderen über den Tag hinweg zwischen Pflichtun-



Mit der Sanierung der Hofbergschule soll auch der alte Schriftzug aktualisiert werden. FOTO GILG

terricht und musikalischen sowie sportlichen Einheiten ab.

Voll und ganz die Bedürfnisse der Eltern in puncto Kinderbetreuung erfüllen kann die Stadt dem Rathauschef zufolge bei der Kinderbetreuung. „In 19 verschiedenen Einrichtungen haben wir insgesamt 880 Betreuungs-

plätze für Kinder. Weiterer Bedarf ist angemeldet und genehmigt.“

Ein „Rundumpaket“ sei aber nicht leistbar und im Sinne der Buben und Mädchen auch nicht gut. Ferien- und Randzeiten könnten deshalb nicht uneingeschränkt von der Stadt abgedeckt werden.